

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 4

Artikel: Wird eine Halbinsel zur Insel?
Autor: Mazewezki, Sergej
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092843>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sergej Mazewezki zur Krim-Frage nach den Wahlen

Wird eine Halbinsel zur Insel?

Am 30. Januar fand die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen auf der Krim statt. Zum ersten Präsidenten dieser Republik, die den Status einer territorialen Autonomie innerhalb der Ukraine hat, wurde der prorussische Kandidat, der Leiter der Republikanischen Bewegung der Krim (RRDK) und ehemalige Apparatschik, Jurij Meschkow, gewählt. Mit einer bedeutenden Überlegenheit (73 Prozent der Stimmen) gewann er den Wahlkampf gegen Nikolaj Bagrow, den ehemaligen Vorsitzenden des Krimer Parlaments.

Der Sieg Meschkows war in der Ukraine keine Überraschung. Im Gegensatz zur passiven und abwartenden Krim-Politik des ukrainischen Präsidenten Krawtschuk handelte der 49jährige Führer der russischen Nationalisten immer zielbewusst und entschlossen. Von ihm stammt die Idee, die Krim in eine autonome Republik zu verwandeln. Die Idee wurde 1991 erfolgreich realisiert, und innerhalb eines Jahres wurde die Halbinsel Krim praktisch zu einer selbständigen territorialen Einheit mit eigenem Parlament und Staatssymbolen.

Ablösungstendenz offensichtlich

Das Wort «autonom» wurde aus dem Namen «Republik Krim» gestrichen. Das wurde in erster Linie dank dem starken Druck der RRDK erreicht, die zu jener Zeit ihre Machtpositionen auf der Krim schon sehr gefestigt hatte. Trotz den Protesten der national-demokratischen Opposition billigte das ukrainische Parlament diesen neuen Status der Krim. Die Deputierten bestanden lediglich darauf, dass in der Krimer Verfassung die Halbinsel als Bestandteil der Ukraine festgeschrieben wurde, wobei sich hier vor allem der damalige Vorsitzende des Krimer Parlaments und jetzige Gegenkandidat von Meschkow, Nikolaj Bagrow, hervortat, mit dem das offizielle Kiew und Präsident Krawtschuk praktisch immer eine gemeinsame Sprache gefunden hatten. Aber den meisten realistischen Politikern war damals schon klar, dass die Krim ihre eigenständige Seefahrt weg von der ukrainischen Küste begonnen hatte.

Wird das Krimer Schiff mit dem Antritt des neuen Kapitäns seine selbständige

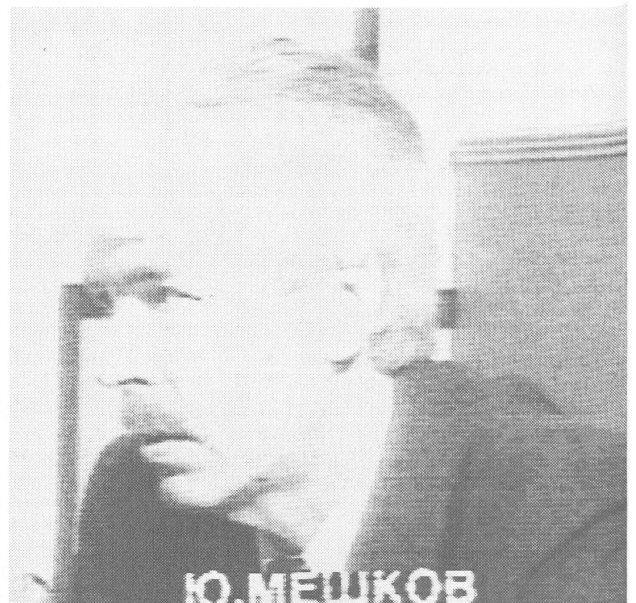
Bewegung beschleunigen, oder wird es einen neuen, zum Beispiel russischen Hafen suchen? Um diese Fragen zu beantworten, muss man in erster Linie prüfen, inwieweit die Ansprüche der Krim auf Unabhängigkeit wirtschaftlich und politisch begründet sind und ob die Ukraine den Anker des Krimer Schiffes so leicht lichten lässt.

Einer der Punkte des Wahlprogramms des ersten Präsidenten der Krim ist die Unabhängigkeit der Halbinsel und gleichberechtigte Beziehungen zu den GUS-Staaten. Wohl um die Kiewer Führung weniger zu reizen, sprach Meschkow in letzter Zeit praktisch nicht über die klare Orientierung der Krim nach Russland, wobei auch ein Anschluss an die Russische Föderation nicht ausgeschlossen ist.

Anschluss an Russland?

Eine andere «Unabhängigkeit» ist ja auch kaum möglich, weil die Halbinsel schon wegen ihrer geographischen Lage als selbständiger Staat nicht existieren kann. Über 95 Prozent des Süßwassers und der Elektroenergie kommen aus der Ukraine. Das weiss der neugewählte Präsident. Er erklärte jedoch, dass das russische Ministerium für Energie angeblich bereit sei, bei der Umstellung der Krimer Kraftwerke auf Gastreibstoff behilflich zu sein. Und durch die Kertsch-Meerenge soll eine Linie errichtet werden, welche die Krim mit Elektroenergie versorgen werde. Die Hoffnung, dass dies die Situation retten würde, ist allerdings illusorisch, weil man für die Verwirklichung dieses Projekts mindestens drei Jahre braucht.

Ebenso leer sind die Versprechungen Meschkows, die Steuern zu senken, eine eigene unabhängige Devisenbörse und Zweigstellen der russischen Banken zu eröffnen und dafür die ukrainischen Banken zu schliessen sowie nur russische Aufträge an Krimer Betriebe zu vermitteln. Die Zentralbank der Krim, mit deren Eröffnung Jurij Meschkow seine Hoffnungen auf die Schaffung eines unabhängigen Bankensystems verbindet, wird auch keine Wunder vollbringen. Mit der Zeit wird sie sich von den anderen kommerziellen Banken der Ukraine kaum unterscheiden.



Jurij Meschkow
(TV Moskau).

Vor allem wirtschaftliche Gründe

Sehr typisch für den Populismus des Krimer Präsidenten ist das Versprechen an die Bevölkerung, die Löhne und Renten schon im Sommer dieses Jahres in russischen Rubel auszubezahlen. Dafür soll die Krim der «Rubelzone» beitreten. Aber nach den Berechnungen der Fachleute im russischen Finanzministerium reicht die vorhandene Rubelmenge dafür nicht aus. Allein der Beitritt Weissrusslands zur «Rubelzone» provozierte eine 15- bis 30prozentige Inflation. Wenn hier auch noch die hypothetischen 170 Milliarden Rubel für Lohn- und Rentenauszahlungen an die Krim hinzugerechnet werden, wird klar, dass in Moskau ein solcher Schritt kaum begrüsst würde.

Das sind nur einige wirtschaftliche Aspekte, welche die unabhängige Existenz der Krim als ein Subjekt der GUS sehr zweifelhaft machen. Politisch ist die Lage noch schwieriger. Vor allem vertritt Jurij Meschkow nicht die Stimmung der ganzen Bevölkerung der Halbinsel. Zum einen wollen die Tataren, denen die Ukraine die Möglichkeit gegeben hatte, in ihre historische Heimat zurückzukehren, keinen Anschluss an Russland, und sie sind auch nicht damit einverstanden,

Der russische Nationalist und ehemalige Apparatschik Meschkow handelte immer zielbewusst und entschlossen.

Hoffnung auf absolute Unabhängigkeit wohl unrealistisch.

dass Meschkow der russischen Mehrheit auf der Krim prioritäre Entwicklung garantieren will. Zum anderen sehen die Ukrainer, die etwa 25 Prozent der Bevölkerung der Krim ausmachen, im neugewählten Präsidenten eine Gefahr für sich.

Widerstand programmiert

Die klare Unterstützung der russischen Bevölkerung und der prorussisch gesinnten Militärs der Schwarzmeerflotte darf Meschkow aber auch nicht überschätzen. Die in Armut lebenden Menschen stimmten nicht für Meschkow und nicht einmal für sein Programm, sondern gegen die schwache Politik von Präsident Krawtschuk und für die Wirtschaftsreformen, welche in Russland wenigstens begonnen wurden, während deren Verzögerung in der Ukraine und auf der Krim zu einer Katastrophe führt.

Alle diese Faktoren erlauben die Behauptung, dass die Situation auf der Krim in absehbarer Zeit instabiler wird, was den Stand des ersten Präsidenten der Krim nicht gerade erleichtert. Auch wenn er die «Unabhängigkeit» deklarierte und sogar die Einführung Moskauer Zeitrechnung anstrebt, wird er trotzdem gezwungen sein, jeden seiner mehr oder minder wichtigen Schritte mit der Kiewer Uhr abzustimmen. Während seines ersten Arbeitstreffens mit Präsident Krawtschuk in Kiew erklärte Jurij Meschkow, er habe «gute Gründe für einen konstruktiven Dialog mit dem Präsidenten des grossen europäischen Staates». Dieser Dialog wird allerdings kaum problemlos verlaufen.

Nationalisten gegen Nationalisten

Zurzeit wird Krawtschuk praktisch von allen politischen Kräften der Ukraine scharf kritisiert, weil er die Präsidentschaftswahlen auf der Krim überhaupt zugelassen hatte. So erklärte beispielsweise der Vorsitzende der Volksbewegung «Ruch» (die grösste oppositionelle Partei der Ukraine), Wjatscheslaw Tschornowil: «Es passierte genau das, was zu erwarten war — ein weiterer Verlust der ukrainischen Führung. Man hätte die verfassungswidrigen Präsidentschaftswahlen auf der Krim gar nicht zulassen dürfen. Es bleibt nur zu hoffen, dass Leonid Krawtschuk seine Pflicht als Präsident der Ukraine erfüllt und die ihm vom Parlament delegierten Befugnisse wahrnimmt, die Wahlen auf der Krim zu annullieren. Aber eine absolute Tragödie sehe ich hier auch nicht. Es ist eine Sache, populistische Sprüche zu verschenken, eine andere, diese zu erfüllen. Ich glaube, dass die Bevölkerung der Krim in eineinhalb Jahren von der Meschkow-Politik enttäuscht sein wird.»

Die klare Unterstützung der russischen Bevölkerung und der prorussisch gesinnten Militärs der Schwarzmeerflotte darf Meschkow aber auch nicht überschätzen.

Zurzeit wird Krawtschuk praktisch von allen politischen Kräften der Ukraine scharf kritisiert, weil er die Präsidentschaftswahlen auf der Krim überhaupt zugelassen hatte.

Die Autonomiebestrebungen könnten auch auf den Donbass übergreifen.

Der Leiter der ukrainischen Partei der Grünen, Witalij Kononow, meinte: «Ich finde, dass die Wahlen des Präsidenten der Krim ungesetzlich sind. Das war ein grosser Fehler der ukrainischen Diplomatie und von Präsident Krawtschuk persönlich. Nun wird die Krim prorussische Positionen verteidigen und alles tun, um aus der Ukraine auszutreten. Diese Niederlage der ukrainischen Diplomatie kann sogar zur Grenzrevision und zum Blutvergiessen führen.»

Der Pressereferent der rechtsradikalen Ukrainischen Nationalen Assamblee (UNA), Wassylj Bilous, ging noch weiter: «Wir finden, dass der Sieg von Jurij Meschkow zu einem Krieg führt. Und jeder Krieg auf der Halbinsel wird der ukrainischen Regierung helfen. Die Kampfgruppen der UNA sind heute in voller Kampfbereitschaft. Wir sind bereit, auf alle Ereignisse auf der Krim zu reagieren.» Und der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei der Ukraine, Witalij Shurawskij, schliesslich: «Der Präsident der Ukraine hätte alles tun sollen, um die zweite Wahlrunde auf der Krim zu verhindern.»

Krim als erster Dominostein?

Der ukrainische Präsident hatte nichts unternommen, obwohl er durchaus Gründe dafür gehabt hätte. So unter anderem die am Vorabend der Wahlen vom Parlament delegierten Zusatzbefugnisse und die Welle des politischen Terrorismus auf der Halbinsel: Kurz vor der zweiten Wahlrunde wurde einer der Führer der Krim-Tataren, Eskander Memetow, brutal erschossen.

Leonid Krawtschuk reagierte nicht. Er blieb seiner abwartenden Politik treu, die in letzter Zeit immer mehr an die Vogel-Strauss-Politik erinnert. Die Ukraine steht heute vor der realen Gefahr des territorialen Zerfalls. Wenn Meschkow jetzt nicht in seinem Separatismus gestoppt wird, wird ein gleicher Politiker auch bald im Donbass, dem industriereichen Donez-Becken, erscheinen, wo bereits heute separatistische Stimmungen spürbar sind. Diese Tendenzen werden auch weiterhin zunehmen, solange die politische und wirtschaftliche Krise im Lande nicht überwunden wird.

Ich wage die Behauptung, dass die Russen auf der Krim und im Donbass nicht deswegen zu Russland wollen, weil sie einem überschäumenden Patriotismus frönen, sondern weil der Lebensstandard in Russland etwas höher ist als in der Ukraine und weil die Reformen dort wenigstens begonnen haben. Hätte Präsident Krawtschuk die radikale Reformierung der ukrainischen Wirtschaft schon vor zwei Jahren begonnen, stünde

heute die Frage über die territoriale Einheit des Staates überhaupt nicht an.

Und was tut Moskau?

Wie wird sich also die Situation auf der Krim und in der Ukraine weiter entwickeln? Präsident Krawtschuk, davon zeugen schon seine ersten Verhandlungen mit Meschkow, wird offenbar bis zuletzt die Anwendung von Gewalt vermeiden, um die territoriale Einheit der Ukraine zu wahren. Aber der Druck der National-Demokraten könnte ihn insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zwingen, in der Krim-Frage etwas härter zu sein.

Sehr viel wird von der russischen Position abhängen. Sollte Moskau versuchen, die Krim von der Ukraine zu trennen, könnte das zweifelsohne weitgehende Folgen bis hin zum Ausbruch eines militärischen Konflikts haben. Aber es wäre falsch, eine offene Unterstützung des Krimer Separatismus durch Jelzin zu erwarten, weil in einem solchen Fall die Ukraine die Vereinbarung über die Liquidierung der Atomwaffen auf ihrem Territorium nicht mehr einhalten würde. Und die USA, die laut der Vereinbarung als einer der Garanten der Unantastbarkeit der ukrainischen Grenzen auftraten, würden wohl auch entsprechend reagieren.

Moskau wird deshalb seinen Einfluss auf die Krim in erster Linie mit wirtschaftlichen Mitteln zu stärken versuchen, was in Kiew permanente Gereiztheit auslösen wird. Und jeder Schritt des Krimer Präsidenten, der auf die weitere Entfremdung der Halbinsel von der Ukraine gerichtet ist, dürfte eine vehemente Reaktion vor allem bei den nationalistischen Kräften in der Ukraine und bei den Tataren auf der Krim hervorrufen. Die Kämpfer der rechtsradikalen UNA drohen schon heute mit Terrorakten auf der Halbinsel.

Zusammen mit dem Wirtschaftschaos und dem rapiden Kriminalitätszuwachs deutet alles darauf hin, dass die Krim in absehbarer Zeit zu einem Punkt gefährlicher Instabilität in der Ukraine wird. Damit wird der ungewisse Bürgerfrieden im Land, den Präsident Krawtschuk als die höchste Leistung seiner Politik betrachtet, sehr wahrscheinlich gebrochen.

Nur radikale Wirtschaftsreformen und eine ausgewogene regionale Politik, deren Endziel der föderalistische Aufbau des Staates ist, könnten die Ukraine vor dem politischen, wirtschaftlichen und territorialen Zerfall retten. Die Aussicht, dass die jetzige Führung der Ukraine diese Aufgaben bewältigen kann, besteht leider kaum. ■